



Kernwaffen

Bereits 1992 unterschrieben die beiden koreanischen Staaten die »Gemeinsame Erklärung zur Entnuklearisierung« ihrer Halbinsel. Zur Geschichte des Streits um das Atomprogramm Pjöngjangs. Von Knut Mellenthin

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 19. SEPTEMBER 2017 · NR. 218 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Dreckschleuder

Zwei Jahre Dieselskandal: Selbstzün-
der verursachen mehr Todesfälle
und CO₂ als bisher bekannt

2

Einkommen

Wirtschaftsforscher schlagen Maßnah-
men zur Reduzierung der sozialen
Ungleichheit in der BRD vor

5

Bruderstreit

Hamas will im abgeriegelten Gaza-
streifen wählen lassen. Gesprä-
che mit Fatah angekündigt

7

Anpassung

150 Jahre »Kapital«: Ein Jubiläum zwi-
schen bürgerlicher Vereinnah-
mung und harmlosen Linken

11

Personal oder Streik

Wieder ein Ausstand an Berliner Uniklinik Charité. Arbeitskampf entscheidend für Krankenhausbelegschaften in ganz Deutschland. Von Johannes Supe

Als vor zwei Jahren, im Juni 2015, die Belegschaft der Berliner Universitätsklinik Charité in den unbefristeten Streik trat, faszinierte der Ausstand Beschäftigte in der ganzen Bundesrepublik. Denn gerungen wurde nicht um mehr Lohn, sondern um mehr Personal – und das erfolgreich, nach dem Arbeitskampf musste die Klinikleitung einem Tarifvertrag zustimmen. Nun wiederholt sich der Vorgang: Zum Wochenanfang legten die Charité-Beschäftigten abermals die Arbeit nieder, unbefristet. Neu ist, dass Klinikbelegschaften aus diversen Bundesländern mitziehen.

Hintergrund des Arbeitskampfs an der Berliner Uniklinik ist das Ringen um den »Tarifvertrag Gesundheitsschutz und Demografie«, in dem für diverse Krankenhausstationen Personalvorgaben enthalten sind. Die Leitung der Charité will die Vereinbarung lediglich verlängern, die Beschäftigten fordern Verbesserungen.

»Wir haben mit dem Tarifvertrag Mindeststandards festgelegt. Aber in jeder verdammten Schicht werden die unterlaufen.« Mit den Worten wandte sich Carsten Becker, Vorsitzender der Verdi-Betriebsgruppe im Klinikum, an seine Kolleginnen. Damit die Vorgaben umgesetzt werden, müssten strengere Kontrollen im Vertrag festgeschrieben werden: Wird festgestellt, dass nicht die vereinbarte Zahl an Pflegekräften da sei, müssen Leistungen reduziert, also Betten geräumt werden. Ist das nicht möglich, müsse den Kolleginnen, die Dienst haben, später ein Belastungsausgleich, etwa mehr Freizeit, gewährt werden. Einen einklagbaren Anspruch darauf wolle man im Tarifvertrag fixieren.

Einklagbare Regelungen will die



Kämpferische Kolleginnen: Am Montag rief die Gewerkschaft Verdi die Beschäftigten der Berliner Charité zum Streik auf

Charité-Leitung auf keinen Fall. Dem *Inforadio* aus Berlin sagte Ulrich Frei, ärztlicher Direktor des Klinikums, am Montag morgen: »Um zu garantieren, dass jeder Dienstplan zu 100 Prozent eingehalten wird, müssten wir noch einmal eine sehr große Menge Personal aufbauen.« Leider, so Frei, finde man das Personal jedoch nicht. Was er nicht erwähnte: Die Gewinnspanne eines Krankenhauses ist desto höher, je geringer die Zahl der Pflegekräfte bei gleichbleibender oder gar steigender Patientenzahl ist.

Zudem ist die Auseinandersetzung an Deutschlands größtem Uniklinikum von strategischer Bedeutung: Gewin-

nen die Beschäftigten diesen Kampf, dürfte das Kolleginnen anderer Häuser erneut anspornen. Verlieren sie, wäre das ein entscheidender Schlag gegen die gesamte »Tarifbewegung Entlastung«, die Verdi derzeit in der Bundesrepublik organisiert. Deren erste Arbeitskampfmaßnahme steht unmittelbar bevor: An diesem Dienstag wird die Gewerkschaft Kolleginnen aus Häusern in insgesamt acht Städten in den Warnstreik führen.

Um die Streikkraft der Charité-Beschäftigten einzuschränken, unterschrieb die Klinikleitung für diesen Arbeitskampf keine »Notdienstvereinbarung«. In einer solchen sichert die Gewerkschaft zu, die Versorgung auf

festgelegten Stationen sicherzustellen. Die Klinikführung verpflichtet sich hingegen zur Einschränkung von Leistungen bis hin zur Räumung von Betten. Durch die Weigerung der Charité-Oberen, sich auf eine Notdienstvereinbarung einzulassen, sei ein »potentiell chaotischer Zustand« entstanden, so Streikleiter Stephan Gummert. Viele Kolleginnen, die am Ausstand teilnehmen wollten, konnten dies nicht tun. Dennoch mussten planbare Operationen abgesagt werden. In den kommenden Tagen wollen sie die Schließung ganzer Stationen erreichen. Davon, ob ihnen das gelingt, dürfte der Fortgang des Arbeitskampfs abhängen.

Washington provoziert Pjöngjang

Wieder Militärübungen in Korea. China und Russland halten derweil eigene Manöver ab

Mitten in der Krise mit Pjöngjang haben die USA und Südkorea sowie Russland und China am Montag Militärmanöver rund um die Demokratische Volksrepublik Korea (DVRK) begonnen. Die USA und Südkorea schickten nach Angaben aus Seoul Kampffjets in den Luftraum über der Koreanischen Halbinsel. Die Maschinen seien in Südkorea, Japan und auf dem US-Militärstützpunkt Guam gestartet, teilte das Verteidigungsministerium mit.

Nach den jüngsten Nuklear- und Raketentests Pjöngjangs haben die

US-Streitkräfte erneut strategische Langstreckenbomber für eine »Abschreckungsübung« nach Südkorea geschickt. Zwei Bomber vom Typ »B-1B« hätten zusammen mit vier amerikanischen »F-35B«-Mehrzweckkampfflugzeugen und südkoreanischen Kampffjets ihre Angriffsfähigkeiten erprobt. Nach Berichten südkoreanischer Medien wurden dabei Bombenabwürfe nahe der Grenze zur DVRK simuliert.

Das Ministerium bezeichnete das Manöver als »Teil eines regulären Abschreckungstrainings« gegen die Bedrohung durch Nordkoreas Raketen- und

Atomprogramm. Die USA hatten in der Vergangenheit bereits mehrfach Bomber über Südkorea fliegen lassen, um Stärke zu demonstrieren.

Die russisch-chinesische Übung konzentriert sich der amtlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* zufolge auf ein Gebiet zwischen der russischen Hafenstadt Wladiwostok an der Grenze zur DVRK und dem nördlich von Japan gelegenen Teil des Ochotskischen Meeres. *Xinhua* brachte das Manöver nicht direkt mit dem Streit über Pjöngjangs Raketen- und Atomprogramm in Zusammenhang.

Ungewohnte Worte waren unterdessen aus Berlin zu hören. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel sprach sich in der Montagausgabe des Springer-Blatts *Bild* für »direkte Verhandlungen« mit der Führung in Pjöngjang aus. DVRK-Staatschef Kim Jong Un sei »eben nicht irre«, sondern folge einer kühl überlegten Strategie und denke, wenn er die Atombombe habe, sei sein Regime gesichert. Kim müsse »eine andere Sicherheitsgarantie als die Atombombe« angeboten werden, forderte der SPD-Politiker.

(dpa/Reuters/jW)

■ Siehe auch Thema-Seiten 12/13

Türkei beginnt Manöver an irakischer Grenze

Istanbul. Eine Woche vor dem geplanten Unabhängigkeitsreferendum in Irakisch-Kurdistan hat die Türkei mit einem Militärmanöver an der Grenze zum Irak begonnen. Das Manöver stehe in Verbindung mit »Antiterroroperationen« in der Region, meldete die staatliche Nachrichtenagentur *Anadolu* unter Berufung auf das türkische Militär am Montag. Die Tageszeitung *Hürriyet* berichtete, fast 100 Militärfahrzeuge nähmen an der Übung nahe dem türkisch-irakischen Grenzübergang Habur teil. Ministerpräsident Binali Yıldırım nannte die Volksabstimmung »eine Angelegenheit der nationalen Sicherheit« für die Türkei. Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan will am Rande der UN-Sitzung in New York mit Iraks Regierungschef Haider Al-Abadi über das Referendum beraten.

(dpa/jW)

■ Siehe auch Seite 3

Ministerium will PKK-Verbot verschärfen



Berlin. Das Bundesinnenministerium prüft eine weitere faktische Verschärfung des PKK-Verbots. Sprecher Johannes Dimroth sagte am Montag in Berlin, es müsse geklärt werden, ob die Handreichung an die Länder zum Verbot von Kennzeichen der Arbeiterpartei Kurdistans ausreichend sei. Bei einem kurdischen Kulturfestival waren am Samstag Bilder des PKK-Gründers Abdullah Öcalan gezeigt worden, die aus Sicht des Bundesinnenministers unter das Verbot fallen. Die Kölner Polizei beruft sich dagegen darauf, dass im Katalog des Bundes mit verbotenen PKK-Kennzeichen nur ein bestimmtes Öcalan-Bild auf gelbem Grund aufgeführt sei. Die auf dem Festival überwiegend gezeigten Bilder seien nicht enthalten. Ministeriumssprecher Dimroth distanzierte sich von dieser Auslegung. Das Geschehene entspreche »im Prinzip so jedenfalls nicht unserem Verständnis des Vereinsverbots«.

(dpa/jW)

jW wird herausgegeben von
2.071 Genossinnen und
Genossen (Stand 15.8.2017)
www.jungewelt.de/lpg

